

in Europa. Längstens seit Pius XII. wissen wir, daß die Bildung eines vereinten Europas mehr ist als eine politische Chance, sie ist ein hoher Lebenswert, für den auch die nationale Souveränität eingeschränkt werden muß. Das braucht hier nicht näher begründet zu werden. Jedenfalls gehört es ausgesprochen zu den schlechten Sitten, wenn die Einswerdung der europäischen Völkergemeinschaft unnötig aufgehalten wird oder wenn gerade von christlicher Seite ihr nicht der erforderliche Nachdruck gegeben werden sollte. Es ist ein schwerwiegender Irrtum, ja ein schuldhaftes Versagen, wenn die Förderung des Werkes einer europäischen Einigung Kräften überlassen wird, denen die Sache des christlichen Glaubens kein vordringliches Anliegen ist.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Orden und Kongregationen in Deutschland Nach einer Aufstellung des Kirchlichen Handbuchs, Bd. XXV gibt es in West- und Mitteldeutschland 46 Priesterorden oder Priestergenossenschaften und 15 Brüdergenossenschaften. Die Zahl der weiblichen Ordensgenossenschaften — Orden und Kongregationen — wird mit 148 angegeben. Während sich in den Jahren 1954 bis 1961 die Zahl der Niederlassungen bei den männlichen Religiösen kontinuierlich erhöht hat, ging die Zahl der Niederlassungen bei den weiblichen Religiösen im selben Zeitraum geringfügig zurück. Eine statistische Übersicht gibt die genaueren Zahlen:

Jahr	Männliche Religiösen				
	Niederlassungen	Priester	Kleriker	Laienbrüder	Novizen
1954	680	5600	1350	4788	901
1955	693	5759	1459	4789	929
1956	701	5818	1603	4778	852
1957	719	5851	1565	4735	860
1958	725	5919	1575	4674	875
1959	732	5964	1606	4720	921
1960	733	6071	1602	4657	881
1961	747	6171	1617	4635	749

Dazu kommen noch die deutschen Ordensmitglieder im Ausland. Für 1961 sind dies folgende Zahlen: 209 Niederlassungen, 2906 Priester, 289 Kleriker, 1680 Laienbrüder und 129 Novizen.

Wie die Tabelle zeigt, nahm die Zahl der Ordenspriester beständig zu; der Bestand an Klerikern und Scholastikern fluktuiert, hat sich aber im ganzen auch erhöht, während die Zahl der Laienbrüder geringfügig abnahm.

Jahr	Weibliche Religiösen		
	Niederlassungen	Schwester	Novizinnen
1954	8215	92 206	3373
1955	8209	92 974	3471
1956	8188	93 012	3431
1957	8159	92 260	3290
1958	8117	93 048	3297
1959	8109	93 108	3284
1960	8058	93 172	3264
1961	8005	92 996	3105

Die Zahlen für die deutschen Ordensmitglieder im Ausland für 1961 lauten: 988 Niederlassungen, 15 529 Schwestern und 254 Novizinnen.

Während die Zahl der Schwestern etwas zunahm, ist die der Novizinnen geringfügig abgesunken. Sie reicht aber noch voll aus, um den Bestand im ganzen zu erhalten. Die Stärke des Nachwuchses ist allerdings bei den einzelnen Genossenschaften sehr unterschiedlich. Die höchste Zahl an Novizinnen wies das Jahr 1935 mit 7488 aus. Mit 97 516 war die Schwesternzahl 1941 am höchsten, der Höhepunkt bei den Niederlassungen lag mit 8248 im Jahre 1953.

Interessant sind auch die Verhältniszahlen von Katholiken und Schwestern. 1915 kam auf 375 Katholiken je eine Schwester, 1932 auf 280, 1938 auf 231 und 1959 auf 291.

Die Altersgliederung veränderte die innere Struktur. 1956, also schon vor sieben Jahren, waren in insgesamt 213 Genossenschaften mit 95 321 Mitgliedern noch 45% (anstatt 63% nach der allgemeinen Bevölkerungsstruktur) unter 50 Jahren, davon 21% unter 40 Jahren; hingegen 27% zwischen 50 und 60 Jahren, 18% zwischen 60 und 70 Jahren, 9% zwischen 70 und 80 Jahren, 1% über 80 Jahren. 55% (anstatt 37%), d. h. 52 427 Schwestern, waren über 50 Jahre alt. Rund ein Drittel müßte abgelöst werden, von denen nur ein Neuntel tatsächlich ersetzt werden kann.

Um so bedeutsamer ist die Frage, wo die noch tätigen Schwestern eingesetzt sind. Das Korrespondenz- und Werkblatt für den Klerus „Die Anregung“ (Köln) nennt folgende Zahlen: in der Krankenpflege 33 233 (ausgebildet 23 000), davon 10 598 in behördlichen Einrichtungen; in der Haus- und Landwirtschaft 21 567 (2284); in der Jugenderziehung 12 000 (1300); in Schulen 5200 (1500); in der Verwaltung 5000 (540); in der Öffentlichen Fürsorge 1600 (188) und in der Seelsorgehilfe 1203.

Aus dem Vatikan

Kirche und Ostblock 1963 Die kurze Privataudienz, die Papst Johannes XXIII. im Anschluß an den Presseempfang anläßlich der offiziellen Mitteilung der Zuerkennung des Internationalen Balzan-Friedenspreises dem Chefredakteur der sowjetischen Regierungszeitung „Izvestija“, Alexej Adschubej, und dessen Frau Rada, der Tochter des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, gewährte, hat die öffentliche Meinung in Bewegung gebracht und zu Spekulationen über eine mögliche Änderung der „vaticanischen Politik“ gegenüber der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten geführt. Es meldeten sich, zwar vorsichtig, aber doch deutlich, kritische Stimmen, die in der „pastoralen Kontaktfreudigkeit“ des gegenwärtigen Papstes Gefahren für eine politische Aufweichung im Westen gegenüber dem Kommunismus oder gar eine mögliche Irritierung der Gläubigen, die unter dem totalitären und zugleich atheistischen System leben müssen, sehen.

Diese Kritik zwischen den Zeilen erstreckte sich von der liberalen und einem Teil der christlich-demokratischen Presse Italiens, die von dem Ereignis und der Art, wie es die kommunistische Partei Italiens unmittelbar zu nutzen wußte, in der Tat einiges für die bevorstehenden Parlamentswahlen zu fürchten hatte, über die katholisch-konservative Presse der Bundesrepublik bis zu den Blättern der verschiedenen slawischen Exilgruppen, die allerdings mit ihren Bedenken gegenüber einer konzilianteren „politischen“ Haltung der Kirche gegenüber dem Ost-

block zugleich die Hoffnung verbanden, diese neue Haltung könnte das Wirken der Kirche und das religiöse Leben in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang etwas erleichtern (vgl. KIPA, 1. 4. 63).

Der Vatikan war sich der möglichen Spekulationen und der Diskussionen, die schon die bloße Möglichkeit eines Besuches Adschubejs und später Chruschtschows beim Papst ausgelöst hatte, bewußt und versuchte der Audienz in jeder möglichen Weise einen möglichst privaten Charakter zu geben. So hat der „Osservatore Romano“ den erfolgten Besuch Adschubejs beim Papst nicht einmal offiziell bestätigt, sondern sich auf die Mitteilung beschränkt, Adschubej habe anlässlich des Empfanges für die Journalisten den Papst zu sehen gewünscht. Desselben Stillschweigens befließigte sich übrigens auch die sowjetische Presse, obwohl sich die sowjetische Nachrichtenagentur TASS auf mehr oder weniger diplomatische Weise die Möglichkeit der Erstmitteilung über die Audienz gesichert hatte. Die „Izvestija“ selbst meldete zwar den Empfang ihres Chefredakteurs durch den Papst, unterließ aber jeden Kommentar. Es bestanden da offensichtlich Schwierigkeiten, dieses Vorgehen den eigenen Lesern zu erklären. Und im Sowjetsystem haben dosierte Meldungen, wie die ganze Entstalinisierungspropaganda gezeigt hat, ihren ganz präzisen Sinn. Trotz des Erstaunens, den dieser Besuch beim Papst im Westen ausgelöst hat, durfte eine weitere, wenn auch noch so bescheidene Kontaktnahme zwischen der Sowjetunion und dem Vatikan auf Grund des in diesem Pontifikat eingeschlagenen Weges kaum überraschen, auch wenn die Art und Weise dieser Kontaktnahme im Westen, und vor allem im Vatikan selbst, nicht restlose Zustimmung gefunden hat. Seit dem Regierungsantritt Johannes' XXIII. hat sich das Klima, die Form der Auseinandersetzung mit dem Ostblock und seinem totalitär-atheistischen Regierungssystem zusehends gewandelt. Daß dieser Wandel auf beiden Seiten sehr engen Grenzen unterworfen ist, versteht sich von selbst, und niemand dürfte sich darüber mehr im klaren sein als der Papst selbst. Trotzdem ist er eine Tatsache, deren sich auch die Kirche im Westen bewußt werden muß.

Einlenken gegenüber der katholischen Kirche

Die ersten Versuche einer Entspannung gingen ohne Zweifel von sowjetischer Seite aus. Sie gehören in den Gesamtkomplex sowjetischer Entwicklung seit dem 21. Parteikongreß der KPdSU und müssen aus dem Wandlungsprozeß der Sowjetpolitik, der durch die Entstalinisierung im Innern und die Propagierung einer friedlichen Koexistenzpolitik gegenüber dem Westen eingesetzt hat, verstanden werden. Der stalinistische Kirchenkampf wurde zwar nicht mit dem Stalinismus als Verfälschung des Systems verurteilt — damit wäre ja das System als solches getroffen worden —, doch wurde die antireligiöse Propaganda durch Erlaß des Zentralkomitees der KPdSU vom November 1954 auf die rein ideologische Argumentation verwiesen, die ein Vorgehen mit physischer Gewalt ausschloß (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 210). Im Sinne der neuen Koexistenzpolitik ließ sich diese Haltung ohne Zweifel nach außen hin besser verwerten als eine gewaltsame Unterdrückung. Diese neue Taktik des Sowjetstaats erstreckte sich zunächst freilich nur auf die Russisch-Orthodoxe Kirche, und auch diese gewann erst allmählich bei fortwährendem innerem Druck etwas mehr Bewegungsfreiheit nach außen, und das zunächst wieder-

um nur so weit, als sie sich die sowjetische Friedenspropaganda zu eigen machte. Erst mit der Aufnahme der Russisch-Orthodoxen Kirche in den Weltrat der Kirchen im Jahre 1961 hatte diese als ganze Bewegungsfreiheit in ihren Kontakten mit den anderen christlichen Kirchen erlangt. Wir haben jedoch oft genug darauf hingewiesen, daß diese Zulassung internationaler Beziehungen in krassem Widerspruch steht zu den Beschränkungen und Repressalien, denen die Kirche in der UdSSR selber weiter ausgesetzt ist (vgl. ds. Heft, S. 364). Gegenüber der katholischen Kirche gehen die ersten Anzeichen einer Entspannung auf das Jahr 1958 zurück, also noch in die Zeit vor dem Regierungsantritt des gegenwärtigen Papstes. Damals schon erklärte der sowjetische Außenminister Gromyko, die Sowjetunion sehe trotz der „unüberwindlichen ideologischen Gegensätze“ kein Hindernis, in Fragen des Friedens und der internationalen Entspannung mit dem Vatikan in Zukunft zusammenzuarbeiten.

Seit dem Regierungsantritt Johannes' XXIII. wurden die offenen Angriffe von seiten der sowjetischen Propaganda seltener, auch wenn sie keineswegs ausblieben und die Gesten gegenüber dem Papst und dem Vatikan immer freundlicher wurden. Die häufigen Mahnungen des Papstes an alle Völker, die Welt vor den furchtbaren Folgen eines Atomkrieges zu schützen, fanden mehr als jede andere päpstliche Verlautbarung die Zustimmung der Vertreter der Sowjetunion. Im November 1961 richtete dann Chruschtschow anlässlich des 80. Geburtstages Johannes' XXIII. sein erstes Glückwunschtelegramm an den Papst, das dieser, ohne daß der Text jemals veröffentlicht worden wäre, den diplomatischen Gepflogenheiten entsprechend auch erwiderte. 1962 folgte dann ein weiteres Glückwunschtelegramm anlässlich des 4. Jahrestages der Krönung des Papstes.

Im Zeichen dieser Entspannungsversuche von seiten der Sowjetunion war es dann auch möglich, daß auf besondere Initiative des Vatikans und des Sekretariates zur Förderung der Einheit der Christen mehrere Bischöfe und Geistliche aus verschiedenen Satellitenländern des Ostblocks am Konzil teilnehmen konnten und nach vorheriger Versicherung, daß auf dem Konzil selbst keine „feindlichen Äußerungen gegenüber den Völkern der Sowjetunion“ gemacht würden, auch zwei Beobachter der Russisch-Orthodoxen Kirche nach Rom reisen konnten. Offensichtlich haben sich die Wünsche der Sowjetregierung und der Russischen Kirche in diesem Punkte getroffen, wenn auch ihre Absichten jeweils sehr verschieden gewesen sein mögen. Schließlich wurde die Friedensbotschaft des Papstes auf dem Höhepunkt der Kubakrise von der sowjetischen Presse in großer Aufmachung veröffentlicht und die Bemühungen des Papstes als ein echter Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens anerkannt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 119). Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS erklärte am 10. 12. 62: „Das Konzil hat sich in seiner Ersten Session gegenüber den Nichtkatholiken korrekt gezeigt und die Reaktionäre in helle Wut versetzt, die sich von dem Konzil einen Aufruf zu einem antikommunistischen Feldzug erhofft hatten.“ In diesem von dem Konzil und der Anwesenheit von Bischöfen aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang mitbegründeten Klima einer vorsichtigen Öffnung gegenüber der zur Schau getragenen Sympathie des Ostens war auch die Befreiung des ukrainisch-unierten Metropoliten von Lemberg, Erzbischof Slipyi, möglich.

Man würde sich täuschen, würde man meinen, dem Papst käme es bei seinem Versuch eines Entgegenkommens gegenüber den Regimen des Ostblocks in erster Linie nur darauf an, möglichst vielen Bischöfen und Geistlichen, die im Gefängnis sitzen oder interniert sind, ihr Schicksal zu erleichtern. Selbstverständlich ist auch das für den Papst ein vordringliches Anliegen, und die wiederholten Hinweise in seinen Ansprachen auf die ihrer Freiheit beraubten Bischöfe hinter dem Eisernen Vorhang, der Brief, den der Papst 1961 an Erzbischof Beran richtete (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 560), und der Empfang, der Erzbischof Slipyi in Rom bereitet wurde, beweisen das. Umgekehrt würden sich auch jene täuschen, die meinen, der Papst könnte, um mit den Regierungen des Ostblocks zu einem möglichen *modus vivendi* zu kommen, die Lage der „Kirche des Schweigens“ übersehen. Aber wenn der Papst Verurteilungen vermeidet, die ihm als „feindliche“ Haltung gegenüber den Völkern hinter dem Eisernen Vorhang ausgelegt werden könnten, und auch die Kirche des Schweigens nicht ausdrücklich beim Namen nennt, so hat das andere Gründe. Der Papst hat nie versäumt, auf die Lage der Kirche in jenen Ländern hinzuweisen, in denen keine volle Religionsfreiheit herrscht. Sowohl in seiner Krönungsansprache (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 116) wie in der ersten Enzyklika seines Pontifikates (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 538 ff.) hat er auf die Verfolgung der Kirche in den Ostblockländern hingewiesen und den Verfolgern ihr Unrecht vor Augen gehalten. Dasselbe Thema griff er auch wieder in der Rundfunkbotschaft vom 11. 9. 62 an die Katholiken der Welt auf, indem er, auf das rechte Verhältnis zwischen Kirche und Staat hinweisend, die religiöse Freiheit, die „nicht bloß eine Freiheit des Kultes“ ist, als eines der grundlegenden Rechte bezeichnete, auf die die Kirche niemals verzichten könne. Zugleich aber hat der Papst in derselben Ansprache die Stellung der Kirche in der Gesellschaft von heute umrissen und gesagt: „Die Kirche kann auf die Freiheit nicht verzichten, weil sie wesentlich zur Natur des Dienstes gehört, den zu leisten sie gehalten ist. Dieser Dienst aber will kein Korrektiv oder keine Ergänzung dessen sein, was andere Institutionen tun müssen oder sich zu eigen gemacht haben, sondern ist ein unersetzliches Instrument des Planes der göttlichen Vorsehung, den Menschen auf den Weg der Wahrheit zu führen“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 45).

Was der Papst aber gegenüber dem Ostblock bezweckt, ist einmal, daß er sich die in der Kubakrise bewährte Möglichkeit bewahren und sie befestigen will, in kritischen Situationen der Weltpolitik auch dem Osten gegenüber die Stimme des Mahners zum Frieden zu erheben. Dazu kommt noch ein eminent pastorales Anliegen. Und es steht außer Zweifel, daß der Papst in der Verfolgung dieses Anliegens in erster Linie auf die Stimmen hört, die aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang selbst kommen und die über eine langjährige Koexistenz-erfahrung mit den totalitären und atheistischen Regimen verfügen. Die Situation der Kirche in diesen Ländern ist nicht mehr dieselbe wie in den Jahren grausamer Verfolgung. Auch wenn staatlicher Zwang, Schikanen und Erpressungen gegenüber der Kirche nicht aufgehört haben, so hat man wenigstens in manchen Ländern der Kirche doch einen gewissen Freiheitsraum innerhalb der eigenen Mauern belassen. Aber die Kirchen waren bisher von der

Außenwelt und von Rom völlig isoliert. Diese Isolierung könnte sich gerade im Zustand minimaler Freiheit tödlich auswirken. Diese Kirchen haben zudem schwer an den Folgen der blutigen Verfolgungen der jüngsten Vergangenheit zu leiden. In manchen Ländern, so in der Tschechoslowakei, ist die Hierarchie völlig lahmgelegt. Aber auch in Ländern wie in Ungarn, wo sich wenigstens noch ein Teil der Bischöfe in Freiheit befindet, hat die Kirche mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen: in der religiösen Unterweisung, in der Ausbildung des Klerus, in der Verwaltung der noch rechtmäßig besetzten Diözesen. Diese Kirchen bedürfen, wenn sie in ihrer Existenz nicht für immer gefährdet werden sollen, eines Minimums an Bewegungsfreiheit und an innerer Konsolidierung, wenn sie im Kampf mit einer atheistischen Diktatur, deren Zielsetzungen und Strukturen sich in absehbarer Zeit nicht ändern werden, bestehen sollen. Man versteht deshalb den Wunsch des Papstes, bei der Zweiten Konzilsperiode im Herbst noch mehr Bischöfen aus den Ostblockländern die Reise nach Rom zu ermöglichen. Die Wirkungen weltweiter Solidarität, die für die Kirche vom Konzil ausgehen, kommen nicht zuletzt ihnen zugute. Umgekehrt aber wird den Bischöfen aus dem Westen durch die Anwesenheit der Bischöfe aus dem Ostblock ein nicht zu unterschätzender Reichtum an seelsorglichen Erfahrungen erschlossen, die ihnen bisher weitgehend fremd gewesen sein mögen.

Diese pastoralen Bemühungen des Papstes um erweiterte Wirkungsmöglichkeiten der Kirche in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang müssen aber aus den allgemeinen Prinzipien verstanden werden, nach denen der Papst das Wirken der Kirche in der Gesellschaft von heute ausgerichtet wissen will. Der Papst hat diesem Wirken nicht nur neue Akzente gesetzt und gewisse Anliegen, die bisher im Hintergrund standen, mehr in den Vordergrund gerückt, sondern der Sendung der Kirche in einer säkularisierten Gesellschaft neue Horizonte eröffnet. Eines seiner zentralen Anliegen seit Beginn seines Pontifikates war die Erhaltung des Friedens. Diese Bemühungen haben mit der Veröffentlichung der Friedenszyklika *Pacem in terris* ihren Höhepunkt und zugleich ihre theologische Begründung erreicht. Von Anfang an zeigte der Papst, daß es nicht einfach um die Verhinderung eines möglichen Atomkrieges ging, auch wenn dieses Anliegen immer an erster Stelle genannt wurde, sondern um die Einschärfung einer Friedenshaltung, die erst auf Grund der schmerzlichen Erfahrungen der beiden Weltkriege allmählich gereift ist. Der Papst hat sich in diesen Friedensbemühungen immer als über den Regierungen, Blöcken und Regierungssystemen stehend verstanden. So heißt es in seiner ersten Enzyklika *Ad Petri cathedram*: „Da Wir jenseits aller Konflikte zwischen den Völkern stehen, alle Völker mit der gleichen Liebe umfassen und durch keine irdischen Ziele, keine politischen Machtansprüche, keine Sucht nach weltlichen Gütern getrieben werden, sind Wir der Ansicht, daß Wir, wenn Wir über ein wichtiges Thema sprechen, von den Angehörigen aller Nationen unvoreingenommen beurteilt und gehört werden können“ (Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 540).

Im Lichte dieser Ausführungen ist auch zu verstehen, was der Papst bei dem Journalistenempfang vom 7. März, an der auch der Schwiegersohn und die Tochter Chruschtschows teilgenommen hatten, über die „übernationale Neutralität“ der Kirche gesagt hat (vgl. „Osservatore Romano“, 8. 3. 63). Indem er dem anwesenden Komitee

für den Balzan-Friedenspreis seinen Dank aussprach, erklärte der Papst: „Es ist die ständige Bemühung der Kirche und des Papsttums um den Frieden, die in dieser Weise geehrt worden ist. Die Verhältnisse der modernen Zeit haben die charakteristischen Merkmale dieser Tätigkeit immer klarer hervortreten lassen. Ohne der wesentlichen und vollkommenen Souveränität des römischen Papstes etwas wegzunehmen, haben sie auf der Ebene der internationalen bewaffneten oder bloß mündlichen Auseinandersetzungen die vollkommene übernationale Neutralität der Kirche und ihres sichtbaren Oberhauptes begünstigt.“ Der Papst erklärt dann, worin diese „vollkommene übernationale Neutralität“ der Kirche und des Papstes besteht: „Diese Neutralität darf nicht in einem rein passiven Sinn verstanden werden, als ob sich die Rolle des Papstes darauf beschränkte, die Ereignisse zu beobachten und Stillschweigen zu halten. Es ist im Gegenteil eine Neutralität, die ganz und gar den Charakter eines Zeugnisses bewahrt. Besorgt um die Verbreitung der Grundsätze des wahren Friedens, hört die Kirche nicht auf, zur Annahme einer Sprache und zur Einführung von Verhaltensweisen und Institutionen zu ermutigen, die dessen Dauerhaftigkeit garantieren. Wir haben es immer wieder gesagt: Die Tätigkeit der Kirche ist nicht bloß negativ, sie besteht nicht bloß darin, die Regierungen zu ermahnen, nicht zu bewaffneten Auseinandersetzungen Zuflucht zu nehmen. Es ist eine Tätigkeit, die beitragen soll, Menschen des Friedens zu formen, Menschen mit friedlichen Gedanken, Herzen und Händen.“ Die Friedfertigen, die vom Evangelium seliggepriesen werden, seien keine Inaktiven, sondern „aktive Gestalten des Friedens“. Aber dieser Friede könne nur verwirklicht werden, wenn er „in den theologischen Tugenden des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe verwurzelt“ sei. Deswegen müsse man auch imstande sein, im Gebrauch der eigenen Rechte maßvoll vorzugehen, und sich einer Sprache bedienen, die alle achtet, „auch dann, wenn eine Anschuldigung zurückgewiesen oder das heilige Erbe der menschlichen Person, der Familie und der Gesellschaft verteidigt werden muß“.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man in diesen Hinweisen nicht nur eine Erklärung dafür sieht, wie die Kirche ihre Friedensmission erfüllen soll. Mit der „vollkommenen übernationalen Neutralität“ ist wohl auch gemeint, daß die Kirche sich in ihrer Mission rein religiöser Mittel, die sich aus ihrem Selbstverständnis ergeben, bedienen soll. Der Papst wünscht die Kirche in ihrer Sendung von möglichst vielen politischen Umklammerungen, die ihr Weg durch die Geschichte um sie gelegt hat, zu befreien. Diesen Wunsch hat der Papst bereits in seiner Eröffnungsansprache zum Konzil ausgesprochen, wenn er unter Hinweis auf die falschen Dienste, die in früheren Zeiten irdische Herrscher der Kirche erwiesen haben, erklärte, niemand könne leugnen, „daß diese neuen Verhältnisse des modernen Lebens wenigstens den Vorzug haben, die zahllosen Hindernisse zu beseitigen, durch welche einst die Kinder dieser Welt das freie Wirken der Kirche zu behindern pflegten“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 86). Deshalb dürfte sich auch von selbst verstehen, warum eine solche Sicht des Wirkens der Kirche in der Welt nicht einen Verzicht auf eine eigenständige Kirchenpolitik darstellt, wie es gelegentlich behauptet wurde, sondern daß es vielmehr um eine Neuorientierung dieser Politik vom Wesen der Kirche her geht.

Daß es sich bei der vom Papst verkündeten „übernationalen Neutralität“ nicht um eine Neutralität in Sachen des Glaubens, der Sitten und der Weltanschauung handelt, ist selbstverständlich. Der Papst hat darüber niemals einen Zweifel gelassen. Radio Vatikan und der „Osservatore Romano“ (14. 3. 63) haben in Kommentaren zur Ansprache des Papstes vom 7. März nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht. Radio Vatikan hatte zudem bereits am Vortag des Besuches von Adschubej beim Papst anlässlich des zehnten Todestages von Stalin unmißverständlich darauf hingewiesen, daß das Sowjetregime mit der Entstalinisierung nicht auf seine Religionsfeindlichkeit und seinen militanten Atheismus verzichtet hat. Und Adschubej selbst hat kurz vor und nach dem Besuch beim Papst mehrmals ausgesprochen, daß es zwischen Atheismus und Religion keine Koexistenz gebe, wenn auch der weltanschauliche Gegner nur mit friedlichen Mitteln vom Gegenteil dessen überzeugt werden könne, was er bisher geglaubt hat (vgl. „Il Messaggero“, 16. 3. 63). Trotz dieser Klarstellungen von beiden Seiten scheint sich an der Kurie selbst und anderswo noch keine einheitliche Meinung über die Stellung der Kirche gegenüber dem kommunistischen Regime in der gegenwärtigen Situation gebildet zu haben. Am 16. März erklärte Kardinal Ottaviani in einem Vortrag, den er auf Einladung des italienischen Verteidigungsministers Andreotti, der dem rechten Flügel der Democrazia Cristiana angehört, vor Offizieren über das Thema „Glaube und Vaterland“ hielt, es gebe keinerlei Kompromiß zwischen Katholizismus und Marxismus. Der Kardinal brachte bei der Gelegenheit die Verurteilung des Kommunismus und das Verbot jeder Zusammenarbeit mit den Kommunisten vom Jahre 1949 in Erinnerung und warnte vor den „Fünften Kolonnen“, die „ihr Herz in einem bestimmten Sinne auf der anderen Seite haben“ (vgl. KIPA, 18. 3. 63).

Anlässlich seines Namenstages hat der Papst vor den Kardinälen selbst indirekt auf solche Vorbehalte hingewiesen und sein Verhalten gerechtfertigt. Unter Hinweis auf das Beispiel des heiligen Joseph erklärte der Papst: „Wer Glauben hat, zittert nicht. Er überstürzt nicht die Ereignisse, er ist nicht pessimistisch, er verliert nicht seine Nerven. Diese Eigenschaften aus dem Charakter des heiligen Joseph ... flößen Uns Mut ein. Aus dieser Heiterkeit des Geistes zieht die Demut des Papstes ihre ständige Anregung. Sie kommt nicht aus der Unkenntnis der Menschen und der Geschichte und verschließt nicht die Augen vor der Wirklichkeit. Es ist die Heiterkeit, die von Gott kommt...“ (Osservatore Romano, 18./19. 3. 63). Diese Zuversicht erhalte im gläubigen Menschen die Demut, erhalte sein Gleichgewicht und den christlichen Gleichmut gegenüber den Urteilen der Welt.

Ernennung der Patriarchen der unierten orientalischen Kirchen zu Mitgliedern der Ostkirchenkongregation

Am 18. März 1963 wurde im „Osservatore Romano“ mitgeteilt, daß der Papst fünf Patriarchen aus den unierten Kirchen des Osten (den Koptischen Patriarchen von Alexandrien, Stephanos I. Sidarouss, den Melchitischen Patriarchen von Antiochien, Maximos IV. Saigh, den Maronitischen Patriarchen von Antiochien, Paul Pierre Meouchi, den Chaldäischen Patriarchen von Babylon, Paul II. Cheikho, den Armenischen Patriarchen von Ci-

licien, Ignace Pierre Batanian) und den Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Alberto Gori, zu Mitgliedern der Ostkirchenkongregation ernannt hat. Damit hat der Papst zum erstenmal die Tradition durchbrochen, nach der nur Kardinäle Mitglieder römischer Kongregationen sein dürfen.

Aus Süd- und Westeuropa

Die spanische Protestantenfrage in Fluß

Die spanische Protestantenfrage ist in der Weltöffentlichkeit leider wiederum durch eine Kette von Falschmeldungen in Fluß geraten. Diese Kette begann zwischen dem 22. und 26. Januar 1963 durch Meldungen der Weltagenturen UPI und AP sowie der KNA, wonach die spanische Regierung einen Gesetzentwurf vorbereitet habe, „der der protestantischen Minderheit bald ihre vollen Bürgerrechte zurückgeben wird“; die zu einer Sonderkonferenz in Madrid versammelten spanischen Metropoliten hätten „ihre Einwendungen fallengelassen“ und dem Gesetzentwurf zugestimmt. Die Entscheidungen würden publiziert, sobald der Heilige Stuhl seine Zustimmung gegeben habe (zitiert nach UPI, 26. 1. 63).

Ein legendäres neues Gesetz

Es folgte daraufhin eine große Zahl von Korrespondentenberichten in allen Zeitungen. Am genauesten wußte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (7. 2. 63) Bescheid: „Der hundertjährige unselige Streit um die Protestanten Spaniens soll ein Ende finden. Nach längeren Konsultierungen der vier wichtigsten protestantischen Glaubensgemeinschaften der Pyrenäenhalbinsel und ihrer Mutterkirchen im Auslande hat das Madrider Außenministerium in Zusammenarbeit mit führenden spanischen Staats- und Kirchenrechtlern den Entwurf für ein ‚Gesetz zur Emanzipierung des Protestantismus‘ fertiggestellt, der bereits der Bischofskonferenz der katholischen Staatskirche vorgelegen hat... Mehr als fünf Jahre ist an diesem Entwurf, zu dem die Initiative noch von dem früheren Außenminister Martín-Artajo ausgegangen war, gearbeitet worden. Sein Nachfolger, Castiella, hatte die Verwirklichung sofort nach seinem Amtsantritt in Angriff genommen.“ Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ teilte dann bereits den Inhalt des Gesetzes in seinen wichtigsten Grundzügen mit.

Tatsächlich bezog sich aber der spanische Regierungsplan und die entsprechende Beratung der außerordentlichen Metropoliten-Konferenz im Januar ausschließlich auf die Wiederzulassung der Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft, die im April 1956 auf Anweisung der Regierung ihre Tätigkeit einstellen mußte. Die Gesellschaft ist nun Anfang März 1963 wieder zugelassen worden, nachdem Kardinalprimas Pla y Deniel die Zustimmung der Metropoliten-Konferenz mitgeteilt hatte.

Die Lawine von Presseberichten basiert im wesentlichen auf einer Artikelserie, die von Ende November bis Mitte Dezember 1962 im englischen „Catholic Herald“ erschien. Der Verfasser Hugh Kay hatte diese nach einer mehrwöchigen Spanienreise ausgearbeitet und dabei auch eine eingehende Unterredung mit Außenminister Castiella ausgewertet. Castiella gilt als der Wegbereiter freierlicher Lösungen, vor allem wegen des politischen Drucks, der in der Frage der Religionsfreiheit von außen auf Spanien ausgeübt wird. Dies geht so weit, daß man ihm

sogar Zweckgerüchte unterstellt. „Verschiedene Beobachter meinen, das spanische Außenministerium habe alle Berichte gefördert, die geeignet erschienen, Ressentiments gegen Spanien abzubauen und das Verhandlungsklima für das Stützpunktabkommen mit den USA zu fördern“ (KIPA, 11. 2. 63). Das amerikanische Wochenmagazin „Time“ (8. 2. 63) berichtete gar, Castiella habe Papst Johannes XXIII. in einer Privataudienz 1961 einen Gesetzentwurf „für die religiöse Freiheit der Protestanten“ vorgetragen und zur Antwort bekommen: „Mein Sohn, laß mir den Entwurf hier!“

„Unsere getrennten Brüder“

Viele weitere Dinge sind in jüngster Zeit ins Rollen gekommen, nicht zuletzt als Auswirkung des Konzils. In einem der spanischen Monatszeitschrift „Concilio“ (Februar 1963) gewährten Interview erklärte der Erzbischof von Zaragoza, einer der fünf Subsekretäre des Konzils, der spanische Episkopat habe während der Konzilssitzungen sehr herzliche Beziehungen zu den nichtkatholischen Beobachtern und Gästen aller Konfessionen aufgenommen und aufrechterhalten. Es sei zu ausgedehnten, offenen Gesprächen über ökumenische Fragen gekommen, und auf kurze oder lange Sicht würden derartige Kontakte positive Resultate zeitigen.

Alle kirchlichen Zeitschriften in Spanien veröffentlichen neuerdings in großem Ausmaß Beiträge von Kardinal Bea und anderen Autoren über ökumenische Fragen.

Der Bischof von Bilbao verkündete in seinem letzten Hirtenbrief die Devise „Kein Heim ohne Bibel!“ und nannte es dabei „beschämend, daß unsere getrennten Brüder die Heilige Schrift kennen, während sie bei spanischen Katholiken immer noch als verbotene Zone oder als ein der Erlaubnis bedürftiges Jagdgebiet angesehen wird“.

Die der Katholischen Aktion nahestehende kirchliche Tageszeitung „Ya“ erklärte in einem Leitartikel Anfang März: „Zu den Pflichten, die wir gegenüber den Touristen haben, gehört auch die Ermöglichung des Gottesdienstes und der Seelsorge für ausländische Protestanten.“ Das sei für die spanischen Katholiken eine Tat der Nächstenliebe und helfe zugleich, die Legende von der spanischen Intoleranz auszuräumen.

„Änderung der spanischen Rechtsordnung“

Besonderes Aufsehen hat eine Stellungnahme des Bischofs von Huelva in Andalusien erregt. Bischof Pedro Cantero Cuadrado war von der Pfarrei Herz-Jesu in Huelva konsultiert worden, weil ein protestantisches Kind nicht am katholischen Erstkommunionunterricht teilnehmen wollte. Der Bischof gab die Anweisung, das Kind freizustellen, und veröffentlichte dazu eine ausführliche grundsätzliche Begründung:

„Die katholische Kirche achtet die religiöse Freiheit. Die Pfarrei handelt deshalb pflichtgemäß, wenn sie das Gewissen dieses Kindes respektiert, da es wie seine Mitschüler eine Person, ein Gotteskind und ein spanischer Bürger ist. Die katholische Einheit Spaniens und die Konfessionalität des spanischen Staates stehen vollauf im Einklang mit der Ausübung der Naturrechte und aller legitimen Freiheiten durch jene Spanier, die sich nicht zur katholischen Religion bekennen... Heute haben sich die Forderungen des Gemeinwohls in Spanien und in der Welt gewandelt. Die ewigen Prinzipien der Kirche in bezug auf die Gewissensfreiheit und deren Realisierung

in der modernen Gesellschaft müssen deshalb in ihrer Anwendung ebenfalls eine Wandlung erfahren. Nachdem die seelsorglichen und ökumenischen Direktiven des Zweiten Vatikanischen Konzils vorliegen, muß die spanische Rechtsordnung in all der Problematik, die uns die religiöse Freiheit aufgibt, dem heutigen Denken der Kirche und den Forderungen des Gemeinwohls der spanischen Nation angeglichen werden, die in einem Prozeß der Integration und Annäherung an die internationalen Organisationen und an den Rhythmus der geistigen und politischen Strukturen der europäischen und abendländischen Einheit steht. Die spanische Nation hat durch eine rechtmäßige Änderung nichts zu fürchten, wie sie gegenwärtig durch die Umstände in der Kirche und in der Welt gefordert wird.“

Der Exekutiv-Sekretär der „Comisión de Defensa Evangélica“, José Cardona, gab Ende Februar bekannt, daß in jüngster Zeit mit Genehmigung der staatlichen Behörden wieder zehn protestantische Gotteshäuser in Spanien eröffnet werden konnten. Obwohl noch „sechs weitere Kirchen“ geschlossen und versiegelt seien, zeigten sich die spanischen Behörden neuerdings „bereitwilliger, die Gesuche der Kirchen zu berücksichtigen“; es gebe allerdings noch keinerlei rechtliche Basis, auf die sich die Gesuche der Protestanten stützen könnten.

Eine ähnliche Darstellung gab der Präsident der „Iglesia Evangélica Española“, Dr. Manuel Gutiérrez Marin, Mitte März auf einer Vortragsreise durch die Niederlande. Man spüre deutlich den Einfluß des Konzils, und die Lage der spanischen Protestanten bessere sich „von Tag zu Tag“. Der prominente spanische Kirchenführer forderte die auf einer Pressekonferenz versammelten Journalisten auf, Spanien in seiner Geschichte und in seinem Charakter besser kennenzulernen. „Wenn die spanischen Katholiken fanatisch sind, so sind es die Protestanten nicht minder.“ Der Redner distanzierte sich von gewissen Sekten, die mit den „offiziellen“ Kirchen nicht zusammenarbeiten und „wilde Aktionen“ unternehmen.

Der Prior von Taizé im spanischen Fernsehen

Pastor Roger Schutz, der Prior der protestantischen Gemeinschaft von Taizé, konnte Anfang Februar in der religiösen Sendereihe des spanischen Fernsehens „Der Tag des Herrn“ sprechen. Er erklärte dabei:

„...Die Folge der Trennung unter uns Christen zeigt sich heute in Europa in einer gegenseitigen Verarmung, einer geistlichen Lähmung und in unserer Unfähigkeit, die glaubenslosen Menschen zu erreichen. Unsere Einigung — zu ihren Gunsten und nicht gegen sie — ist die große Aufgabe, die sich uns heute stellt, auf daß wir einer Welt zu Hilfe eilen können, die vielleicht nicht auf uns rechnet, die aber das Recht hätte, alles von uns zu erwarten, die wir den Namen Christen tragen. In dieser Zeit des Konzils können wir mehr als je zuvor erhoffen; denn es kam ein Mensch, von Gott gesandt, sein Name ist Johannes, und er gab aus einem gläubigen Herzen seine Zustimmung zum Ja und zum Amen, indem er ‚Fiat‘ sagte. Gott hat deshalb gestattet, daß ein Dialog in Gang kam, auf daß durch unser erneuertes, verklärtes Zeugnis alle an Christus, den Herrn der Kirche, glauben. Christen Spaniens, die ihr in der Nachfolge ungezählter Christen steht, welche durch den Ernst und die Glut ihres Glaubens ausgezeichnet waren: Ich weiß, Ihr werdet echte und großartige Zeugen dieser sichtbaren Einheit aller Christen in einer und derselben Kirche sein!“

Ende März hielt Prior Roger Schutz einen religiösen Vortrag in Sevilla und gab während seiner Durchreise in Madrid dem Leiter des diözesanen Presseamtes ein Interview, dessen voller Wortlaut in der ganzen Presse veröffentlicht wurde.

In der Kleinschriftenreihe der „Propaganda Popular Católica“ erschien inzwischen über das Kloster Taizé ein Heft von Lamberto de Echeverría: „Protestantische Mönche“ (Frailes Protestantes).

Die Katholische Nachrichten-Agentur (ID, 9. 2. 63) kommentierte diese neuen Ansätze: „Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Entwicklung erfreulicherweise einen Anfang genommen hat, wenn auch allzu umwälzende Ergebnisse in nächster Zeit noch nicht erwartet werden dürfen. Die weitere Entwicklung wird bei den Katholiken außerhalb Spaniens mit größtem Interesse verfolgt, die bereits bisher die in Spanien angewandten Methoden verurteilten und sich durch diese kompromittiert fühlten.“

Ein neues Buch aus alter Position

Im Herbst 1962 erschien im Verlag „Fe Católica“ ein Buch von Eustaquio Guerrero SJ und Joaquín María Alonso CMF, „Religiöse Freiheit in Spanien“ (Libertad Religiosa en España). In streng scholastischem Aufbau werden in drei Hauptteilen die kirchlichen Grundsätze, die spanischen Fakten und die nationalen und internationalen Probleme behandelt. Mit außerordentlichem Fleiß wurde auf 253 Seiten eine Fülle von internationalem Quellenmaterial und Kommentaren zusammengetragen. Das Werk nimmt aber durchgehend seinen Ausgangspunkt von der bekannten These der religiösen Einheit und des konfessionellen Staates und folgerichtig von den „fortdauernden Versuchen des Protestantismus, diese katholische Einheit zu zerbrechen“ (Vorwort und Kapitelüberschrift). Wegen des besonderen, kämpferischen, proselytistischen und radikal antikatholischen Charakters des spanischen Protestantismus sei ein Dialog mit ihm vorläufig nicht möglich (232); vor ökumenischen Gesprächen in Spanien wird ausdrücklich gewarnt (238). „Spanien ist in seiner vollständigen Gegenposition und trotz aller auflösenden Versuche noch immer Spanien; es hat also eine europäische Tradition, durch die es das Beste des einstigen Europas rettet“ (230).

Obwohl für die Zukunft durchaus neue Lösungen offen gelassen werden, handelt es sich hier um eine Schrift der Gegenreformation, die bereits bei ihrem Erscheinen kirchengeschichtlich überholt war und wohl kaum zur Lösung der spanischen Probleme beitragen kann. Für eine eingehendere Auseinandersetzung, die nur im Detail möglich wäre, fehlt hier der Raum. Wichtig ist noch der Hinweis im Vorwort, daß das Buch rein aus persönlicher Initiative der Autoren entstand und ihm keinerlei kirchlicher oder ziviler Auftrag zugrunde lag.

Spanische Priesterhilfe für Lateinamerika

Wie zu erwarten stand und auch in dieser Zeitschrift vorausgesagt wurde, hat das Konzil den Sorgen der lateinamerikanischen Kirche weltweites Gehör verschafft. Zwar sind bisher nicht eigentlich Beschlüsse gefaßt oder vorbereitet worden, die sich speziell auf Probleme und Anliegen der lateinamerikanischen Christenheit bezögen. Aber die Anwesenheit der zahlreichen lateinamerikanischen Bischöfe in Rom, ihre Berichte an höchster Stelle

und ihre Kontakte mit ihren Mitbrüdern im Hirtenamt haben mehr denn je Interesse und Teilnahme erweckt und neuen Hilfsappellen Nachdruck verliehen.

Am 17. November des vergangenen Jahres, unter dem unmittelbaren Eindruck solcher Begegnungen, richtete Papst Johannes XXIII. ein Schreiben an den spanischen Episkopat, in dem er die bisherigen Leistungen Spaniens für Lateinamerika dankbar anerkannte, zugleich aber auch die dringende Aufforderung ergehen ließ, in noch höherer Zahl Priester des Diözesanklerus für die notleidenden Kirchen drüben zur Verfügung zu stellen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 311).

In einem Kommentar zu dieser päpstlichen Botschaft scheint Erzbischof Antonio Samoré, der Generalsekretär der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika, die Wünsche des Papstes in Form eines konkreten Planes präzisiert und die Hoffnung ausgesprochen zu haben, es werde möglich sein, statt wie bisher nur hundert Priester jährlich aus Spanien nach Lateinamerika zu entsenden, in den nächsten beiden Jahren je fünfhundert für diese Aufgabe frei zu machen und nach Möglichkeit diesen Rhythmus auch für weitere Jahre beizubehalten. Ebenfalls sollte die Entsendung von geschulten Laien, von denen bisher erst 53 aus Spanien nach Lateinamerika geschickt wurden, vermehrt und verstärkt werden.

Am 5. Februar dieses Jahres kam der päpstliche Nuntius in Madrid, Erzbischof Riberi, in einer Ansprache bei der Altarweihe in der neuen Kapelle des hispanoamerikanischen theologischen Seminars in der spanischen Hauptstadt auf das gleiche Thema zu sprechen. Indem er auf die unlösbaren Bande anspielte, die auch heute noch die Länder spanischer Sprache jenseits des Ozeans mit dem Mutterlande verbinden, erinnerte er die Zuhörer daran, daß der Heilige Vater beim Hilferuf der lateinamerikanischen Bischöfe im innersten Herzen bewegt gewesen sei und seine Blicke nach Spanien gewandt habe, wo sein Appell indessen großzügigen Widerhall gefunden habe.

In einem Schreiben vom 10. Februar, dem Tage der Berufung für Hispanoamerika, hat auch Kardinal Confalonieri in seiner Eigenschaft als Präsident der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika ein Schreiben an den Erzbischof von Saragossa gerichtet, in dem wiederum auf den päpstlichen Aufruf Bezug genommen wird. An Priester, aber auch an Laien richte sich dieser Ruf und weise ihnen Iberoamerika als besonderes Missionsfeld an.

Diese wiederholten Ermahnungen beweisen, wie wichtig und dringend man in Rom die Aufgabe ansieht und wie sehr man dort verstanden hat, daß die Zukunft der katholischen Kirche des Westens von einer Sanierung der Christenheit Lateinamerikas abhängt. Es hätte übrigens offenbar solchen Nachdrucks kaum bedurft, weil nach inzwischen vorliegenden Meldungen unmittelbar nach dem Schreiben des Papstes vom November vorigen Jahres eine besondere Studienkommission innerhalb des Priesterhilfswerks für Spanisch-Amerika (OCSHA) damit begonnen hatte, einen ins einzelne gehenden, auf missionstheologischen, soziologischen und statistischen Daten beruhenden „Plan Johannes' XXIII.“ auszuarbeiten, nach dem in den nächsten drei Jahren 1500 Priester aus Spanien nach Lateinamerika entsandt werden könnten. Dieser Plan wurde am 5. Februar allen spanischen Bischöfen übersandt. Vierzehn Tage später lagen bereits Antworten aus 29 Diözesen vor; davon waren 25 ohne Einschränkung zustimmend. Einige Diözesen glaubten sogar, mehr Priester anbieten zu können, als im Plan

vorgesehen war. Nur vier Diözesen erbatene sich eine Frist zur Überprüfung der Lage. Bereits im April begannen besondere Kurzurse für jene Priester, die von ihren Bischöfen im Rahmen des Planes für die Arbeit in lateinamerikanischen Diözesen zur Verfügung gestellt wurden.

Aus einer Veröffentlichung in „Mensaje“ (Nr. 74—77, Madrid) geht hervor, welche Überlegungen und Gesichtspunkte der Verwirklichung des Planes zugrunde liegen: Spanien zählt 33 930 Priester für 31 000 000 Einwohner, Lateinamerika 38 320 Priester für 201 000 000 Einwohner. Daraus ergibt sich für Spanien das Verhältnis von einem Priester für 910 Seelen, für Lateinamerika hingegen von einem Priester für 5250 Seelen. Diese Zahlen müssen noch korrigiert werden, wenn man bedenkt, daß sich der Klerus in Spanien aus 25 102 Diözesanpriestern und 8828 Ordenspriestern zusammensetzt, während in Lateinamerika mehr als die Hälfte aller Priester aus Ordensleuten besteht, die zwar weit mehr als in Spanien auch mit der ordentlichen Seelsorge betraut sind, aber doch vielfach einen anderen Aufgabenkreis haben. Legt man diese Überlegungen zugrunde, so ergibt sich, daß in Spanien auf einen Diözesanpriester 1230 Seelen kommen und in Lateinamerika 10 830 Seelen.

Wenn man sich damit begnügt, daß ein Diözesanpriester in Spanien für 1500 Seelen zu sorgen hätte, statt wie jetzt nur für 1230, so würden sofort 5016 Priester für Lateinamerika frei, ohne daß angesichts des starken Nachwuchses die entstehenden Lücken allzu lange offen bleiben würden. Selbstverständlich könnten nicht alle Diözesen gleichmäßig von ihrem Reichtum abgeben. Darum hat man innerhalb des religionssoziologischen Zentrums der OCSHA Statistiken ausgearbeitet, um die Diözesen zu klassifizieren und ihre Priesterzahl im Verhältnis zu der Seelenzahl festzustellen. Dabei ergibt sich, daß von den 34 ländlichen Diözesen bei Zugrundelegung von 1000 Seelen pro Priester 27 Diözesen in der Lage wären, Priester abzugeben. Von den 21 Diözesen mit teils städtischem, teils ländlichem Charakter, für die 1500 Seelen pro Priester als optimales Minimum angenommen wurden, wären zehn fähig, Priester zur Verfügung zu stellen, während von den neun im eigentlichen Sinne städtischen Diözesen drei vorhanden sind, die mehr Priester haben, als für das hier angenommene optimale Minimum von 2000 Seelen pro Priester nötig wären.

Aus einer anderen Übersicht ergibt sich, daß allerdings nicht gleichmäßig, aber doch aufs ganze gesehen ein sehr großer Teil der spanischen Diözesen sehr bald mit einem Zuwachs an Neupriestern rechnen kann, der den Abgang einiger Hilfskräfte für Lateinamerika schnell ausgleichen würde. Spanien zählt je einen Theologiestudenten auf 3400 Katholiken, ein Verhältnis, das nur von Irland (1330) übertroffen wird, im Vergleich zu Frankreich (4440), Italien (4870), selbst Belgien (4900) und Holland (5330) oder gar Deutschland (6730) aber weit voran liegt.

Schließlich zeigt noch eine weitere Gegenüberstellung die privilegierte Situation Spaniens gegenüber Lateinamerika: während in Spanien auf jeden Priester 19,6 qkm kommen, sind es in Lateinamerika 526 qkm, und während im Durchschnitt eine spanische Pfarrei 1500 Seelen zählt, sind es 16 500 in einer lateinamerikanischen. Wenn sich daraus ergibt, daß Hilfe geleistet werden muß, und aus den früheren Aufstellungen deutlich wird, daß Hilfe geleistet werden kann, dann darf man zuversichtlich hoffen, daß auch Hilfe geleistet werden wird.

Fastenaktionen „gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ auch in Belgien und Frankreich Während sich die deutschen Katholiken in diesem Jahre zum fünften Male an der Fastenaktion Misereor „gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ beteiligten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 260), führten die Katholiken Belgiens ihre dritte Fastenaktion „Carême de Partage“ durch. Gleichzeitig veranstaltete der „Secours Catholique“ von Frankreich seine dritte Fastenaktion, für die er die Form der „Micro-Réalisations“ gewählt hat.

„Carême de Partage“ in Belgien

Im Jahre 1961 hatte der belgische Episkopat den „Entraide et Fraternité“ als besonderes Organ der belgischen Caritas für die Hilfe der belgischen Katholiken zugunsten der Entwicklungsländer gegründet. Die Hilfe, die ohne Unterschied der Rasse, der Religion oder Hautfarbe gegeben wird, ist als Hilfe zur Selbsthilfe für die Einwohner der betreffenden Länder gedacht. Es werden daher in erster Linie ganz oder teilweise Projekte finanziert, die die Ursachen der Unterentwicklung beseitigen helfen sollen: Hunger, Krankheit, Verelendung auf Grund von Ignoranz und mangelnder Ausbildung. Die Geldmittel dafür werden durch die Fastenaktion „Carême de Partage“ aufgebracht, die jeweils am Aschermittwoch beginnt und die ganze Fastenzeit andauert. Die Sammlungen werden in allen Pfarreien durchgeführt, eine erste am Sonntag Lätare und die zweite am Palmsonntag. Die Fastenaktion fand 1963 zum dritten Male statt. Die Fastenaktionen 1961 und 1962 erbrachten einen Gesamtbetrag von 6 829 573.44 DM (85 369 668 bfrs), der nach geographischen Gesichtspunkten wie folgt verteilt wurde:

Afrika	4 461 533.68 DM
Amerika	779 640.— DM
Asien	497 560.— DM
Sonstiges	306 753.28 DM

6 045 486.96 DM

Die Verteilung der Gelder nach materialen Gesichtspunkten ergibt folgende Aufgliederung:

Direkthilfe und Katastrophenhilfe	3 052 000.— DM
Förderung des allgemeinen Bildungs- und Erziehungswesens (Schulen, Erwachsenenbildung usw.)	964 913.68 DM
Förderung des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, Entsendung von Ärzten, Fürsorgern, Aussatz- und Malariaabekämpfung u. a.)	732 160.— DM
Technische Hilfe (Einsatz und Ausbildung von Personal und Führungskräften, besonders in der Sozialarbeit)	419 293.28 DM
Ernährungssicherung	389 960.— DM
Sozio-religiöse Programme	268 400.— DM
Maßnahmen zur wirtschaftl. Entwicklung	200 760.— DM

6 045 486.96 DM

Verwaltungs- und Propagandaspesen und verbleibender Saldo	784 086.48 DM
---	---------------

6 829 573.44 DM

Insgesamt wurden in den Jahren 1961 und 1962 104 Projekte verschiedenen Charakters finanziert.

„Micro-Réalisation“ in Frankreich

Zur Mitarbeit an der von der Food and Agriculture Organization (FAO) im Jahre 1960 begonnenen Weltkampagne gegen den Hunger wurde in Frankreich ein National-Komitee gebildet, das von Maurice Schuman geleitet wird. Ein Mitglied des französischen Episkopats

vertritt die französische Bischofskonferenz, und Msgr. Jean Rodhain, der Generalsekretär des Secours Catholique, gehört zum Direktorium. Im März 1961 gründete die Bischofskonferenz innerhalb dieses National-Komitees, unter Vorsitz von Bischof Jacques Ménager von Meaux, ein Katholisches Komitee zur Bekämpfung des Hungers. In diesem Komitee sind alle Gruppen der Katholischen Aktion, der sozialen und caritativen Einrichtungen zusammengefaßt. Der Secours Catholique hat im Rahmen dieses Komitees die Form der sog. „Micro-Réalisations“ gewählt, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen und den unterentwickelten Ländern Hilfe zu bringen.

Die Aktion begann in der Fastenzeit 1961, mit dem Zweck, den Hunger in den Französisch sprechenden Ländern und in Madagaskar zu bekämpfen. Von einer bescheidenen, gut durchdachten, geeigneten und erbetenen Hilfe ausgehend, sollen die Lebensbedingungen eines Dorfes, eines Gebietsteils oder eines Landes tiefgreifend umgewandelt werden.

Bis heute wurden 2244 Micro-Réalisations ausgearbeitet, 1141 wurden inzwischen durchgeführt, 950 angenommen, und 153 stehen noch zur Verfügung. Die Aufteilung der Micro-Réalisations auf die verschiedenen Sachgebiete zeigt deutlich ihren Einfluß auf das Leben der Bevölkerung in den Entwicklungsländern:

705 für Förderungsmaßnahmen von Landwirtschaft und Handwerk
637 für Ausbildungsmaßnahmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung
387 für Haushaltungsschulen
327 für Berufsschulen und Handwerker Ausbildung
116 für Kinderspeisung und Direkthilfen
37 für Förderungsmaßnahmen der Fischerei
35 für verschiedene Projekte

Der für die Jahre 1961—1963 vorgesehene Betrag für Micro-Réalisations beläuft sich auf 6 622 522.14 DM, von denen bereits 3 802 357.72 DM ausgezahlt wurden.

Aus Amerika

25 000 lateinamerikanische Studenten im westlichen Ausland

Nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Beziehung löst sich Lateinamerika immer mehr aus seiner isolierten Lage und integriert sich dem

Weltganzen, sondern auch in geistig-kultureller. Leider liegen uns keine vertrauenswürdigen Angaben über die Zahl lateinamerikanischer Studenten in den Ostblockstaaten vor, so daß wir nicht genau wissen können, wie viele sich für eine Integration nach marxistischem Schema entschieden haben. Immerhin verfügen wir aber jetzt über Informationen, die uns erlauben, uns ein ungefähres Bild über die Zahl lateinamerikanischer Studenten an Universitäten des westlichen Auslands zu machen und damit eine Aufgabe und eine Chance besser zu erkennen, die noch längst nicht hinreichend wahrgenommen wird.

Aus einem Bericht von Jaime Fonseca, dem Präsidenten des Planungsausschusses der Katholischen Interamerikanischen Konferenz für studentische Fragen, geht hervor, daß 9915 lateinamerikanische Studenten in den Vereinigten Staaten die Universitäten besuchen. Man scheint aber erst am Anfang zu sein mit dem Bemühen, diese Vielzahl zu erfassen und mit katholischen Einrichtungen Nordamerikas vertraut zu machen. Das aber ist um so

wichtiger, als erfahrungsgemäß gerade der völlig fremde Lebensstil der Vereinigten Staaten eine besondere Faszination auf die jungen Menschen aus den südlichen Nachbarländern ausübt und sie nicht selten in eine schwere Krise stürzt. Andererseits könnten bei kluger, takt- und liebevoller Betreuung gerade diese Studenten zu den wirksamsten Botschaftern des guten Willens und zu willkommenen Trägern der „Allianz für den Fortschritt“ werden, die zu ihrem Gelingen ja vor allen Dingen ein menschliches Vertrauensverhältnis zur Voraussetzung hat.

Was Europa angeht, so veröffentlichte das Sekretariat für Lateinamerika der Pax Romana einen Bericht seines chilenischen Mitgliedes Cristián Caro, der folgenden Ein- und Überblick gibt: die größte Zahl lateinamerikanischer Studenten findet sich in Spanien mit etwa 8000. Es folgt Frankreich, vor allem natürlich Paris, mit 1800. In der Bundesrepublik Deutschland studieren ungefähr 800 Lateinamerikaner, vor allem in Hamburg, München, Stuttgart und Frankfurt. Italien bietet an seinen Universitäten Rom, Mailand und Neapel etwa 300 Studenten Gastfreundschaft. (In dieser Zahl sind jedoch offenbar die Theologiestudenten an den römischen Hochschulen nicht eingerechnet.) Belgien zählt etwas mehr als 100 lateinamerikanische Studenten, davon die meisten an der Universität Löwen. Die Zahlen für Großbritannien, die Schweiz und andere westliche europäische Länder sind nicht genau ermittelt, dürften aber kaum im ganzen mehr als 600 bis 800 betragen. Ganz allgemein wird gesagt, daß die Seelsorge — im weiteren Sinne — an diesen jungen und vielen Gefahren und Erschütterungen ausgesetzten Menschen keinem großzügigen strategischen Plan folgt. Da und dort finden sich vereinzelt Initiativen, die von lateinamerikanischen Priestern, Seminaristen oder auch Laien ausgehen. Aber noch fehlt es an einer Gesamtkonzeption, die über die geistliche Betreuung hinaus auch Studienberatung und materielle Hilfe einschließen müßte. Doch gibt es rühmliche Ausnahmen, wie vor allem in Spanien, wo innerhalb des Priesterhilfswerks für Spanisch-Amerika (OCSHA) eine eigene Sektion für die lateinamerikanischen Studenten besteht und durch Priester und Laien Orientierung und Hilfe vermittelt, eine Arbeit, die auf Grund der gleichen Sprache und der gemeinsamen Kulturwurzel verhältnismäßig einfach ist. In Paris ist der Jesuitenpater Eduardo Gueydan eigens für die Seelsorge unter den lateinamerikanischen Studenten aufgestellt und hat binnen kurzer Zeit ein Foyer als Begegnungsstätte zwischen französischen und lateinamerikanischen Studenten sowie verschiedene andere kulturelle und soziale Dienste geschaffen. In der Bundesrepublik erfolgt die seelsorgliche Betreuung der in vielen Gruppen weitverstreuten lateinamerikanischen Studenten offenbar mehr oder minder planlos und nur gelegentlich. Hingegen spricht der Bericht von einer „Vereinigung lateinamerikanischer Studenten in Deutschland“, die stark unter kommunistischem Einfluß stünde. In Löwen gibt es einen etwas festeren Zusammenschluß, der sich um ein Studentenwohnheim für Lateinamerikaner konzentriert und sich auch ein publizistisches Organ „Alternativa“ geschaffen hat.

Leider fehlt in unseren Quellen ein Aufweis der Herkunft der Studenten nach Ländern und ihrer Verteilung auf die verschiedenen Fakultäten.

Die Übersicht zeigt, daß auf diesem Gebiet unbedingt etwas geschehen müßte, vor allem in der Bundesrepublik,

weil die geistliche, kulturelle und materielle Unterstützung für unsere studierenden Gäste aus Lateinamerika nicht nur christliche Liebespflicht, sondern auch die billigste und wirksamste Entwicklungshilfe für die Länder wäre, aus denen sie stammen und in denen sie auch für die sinnvolle Verwendung der Entwicklungsgelder aus Deutschland eine gewisse Gewähr bieten würden.

Aus den Missionen

Daß das Evangelium Christi unter den Völkern des Fernen Ostens mehr bekannt und verbreitet werde. Missionsgebetsmeinung für Juni 1963

Ferner Osten: das ist nicht mehr als ein geographischer Sammelbegriff für eine große Zahl von Ländern und Völkern, die nur das Eine gemeinsam haben, daß sie uns Europäern in jeder Beziehung sehr fern liegen und stehen, aber auch wir ihnen. Das gilt, mit der einzigen Ausnahme der Philippinen,

auch für ihr Verhältnis zum Christentum und erst recht zum Evangelium Jesu Christi. Auf den Philippinen sind von 27 Millionen Einwohnern 22 Millionen katholisch; aber ebenso wie die spanische Kultur nur in die Oberschicht eingedrungen ist, zeigt auch die religiöse Struktur dieses Inselreiches zum größten Teil das Gesicht eines Missionslandes.

China, vor zwanzig Jahren noch ein verheißungsvolles Saatfeld mit dreieinhalb Millionen Christen, ist, menschlich gesprochen, auf unabsehbare Zeit hin verloren. Allerdings hat die Christenheit in fernöstlichen Ländern schon manche Verfolgung in Katakomben überstanden, und China lebt ja auch auf Formosa, in Hongkong und in etwa zwölf Millionen Auslandschinesen in einem Klima, das die Ausstrahlung der Mission begünstigt und ihr genug zu tun gibt. Japan gilt neben der arabischen Welt als das schwierigste Gebiet der katholischen Mission, wenn auch der geistige Einfluß des Christentums in diesem Lande größer ist, als die Zahl der 300 000 katholischen und 400 000 evangelischen Gläubigen es vermuten läßt. Korea hat auch im Süden nach den Wirren des zweiten Weltkrieges noch nicht zu sich selbst zurückgefunden. Die Mission hat deshalb einen schweren Stand. Über Vietnam wurde erst vor kurzem an dieser Stelle berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 227). Auch alle anderen Länder Südasiens leiden an schweren politischen Spannungen; in Indonesien hat die christliche Mission es außerdem mit dem Islam zu tun.

Die Gebetsintention trägt dieser Lage Rechnung; sie scheidet sich. Sie drückt den Wunsch aus, daß das Evangelium in weiten Kreisen des Fernen Ostens bekannt wird; denn das bedeutet ja hier wohl der Ausdruck „verbreitet“. Bedenkt man diese Formulierung theologisch, dann drückt sie das Vertrauen aus, daß das Wort Gottes von sich aus wirken wird, wenn es die Menschen nur einmal erreicht. Der Glaube kommt ja vom Hören. In Hinsicht auf die gegebenen Möglichkeiten liegt hauptsächlich wohl im Sinne dieser Gebetsmeinung, daß wir um die Verbreitung der Heiligen Schrift beten. Auf welche Weise sonst sollte das Evangelium Jesu Christi in den nächsten Jahren unter den Völkern des Fernen Ostens mehr bekannt werden? In Europa erhebt sich im Durchschnitt jeweils auf einer Fläche von 2 qkm ein Gotteshaus, in Asien auf einem Gebiet von 2000 qkm. Dieses Beispiel ist sehr bezeichnend für die schwache Präsenz der Kirche im Verhältnis zur Größe der Länder und Völker. Ihr Poten-

tial an Missionskräften wird, auch wenn alle Anstrengungen unternommen werden, es zu steigern, noch auf lange Zeit hin ganz unzureichend in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten, und die allermeisten Menschen werden kaum je einem christlichen Glaubensboten persönlich begegnen.

Deshalb ist die Heilige Schrift in den meisten Fällen wohl der einzige Weg, das Christentum kennenzulernen. Die Chancen dazu sind allerdings im Steigen. Die Bibel ist in die wichtigsten fernöstlichen Sprachen übersetzt. In den weniger kultivierten Ländern bemüht man sich energisch, den Analphabetismus zu überwinden, und in den kultivierteren steigt mit dem allgemeinen Interesse an Europa und der europäischen Bildung auch das Bedürfnis, die grundlegende Schrift der christlichen Religion kennenzulernen. In Japan ist sie sogar ein Bestseller. Dieses Bildungsbedürfnis bedeutet freilich noch keine personale Begegnung mit Christus, aber die Beschäftigung mit der Bibel kann der erste Schritt dazu sein. Es ist bekannt, wie stark die Bergpredigt auf Gandhi eingewirkt hat, und auch sonst dringen die Lehren der christlichen Ethik mehr und mehr ins Bewußtsein der Menschen in Ostasien.

Aber wenn wir nur an diesen unmittelbar zugänglichen Aspekt des Evangeliums denken, der sich einem Menschen darbietet, wenn er von einer ganz anderen geistigen Welt aus die erste Bekanntschaft mit der Bibel macht, dann bleiben wir noch vor den Pforten der Offenbarung. Wenn unsere Gebetsmeinung den Wunsch ausdrückt, daß das Evangelium mehr und mehr bekannt wird, beabsichtigt sie, daß die Leser im Fernen Osten in seinen tieferen Sinn eindringen, der ihnen offenbar macht, daß das Reich Gottes schon mitten unter ihnen ist und daß auch sie berufen sind, Kinder Gottes zu werden. Es wäre wunderbar, wenn bei dem gegenwärtigen Mangel an lebendigen Boten Jesu Christi sein lebendiges Wort die Botschaft des Evangeliums verkündigte und als erster Katechismus dieser Botschaft diene; es wäre wunderbar und doch normal, daß es dann auch in vielen Herzen die Sehnsucht weckte, die einstmals Nikodemus zu Jesus trieb. Daß Gott ihnen diese Gnade schenken möge, das ist wohl das eigentliche Ziel der Gebetsintention.

Es ist nämlich für viele Menschen, die von den ostasiatischen Religionen und Philosophien geprägt sind oder auch nur von den Welt- und Lebensanschauungen, die ihrer Mentalität entsprechen und mehr im Emotionalen als im Intellektuellen wurzeln, noch ein sehr weiter Weg zurückzulegen, wenn sie von der Lektüre der Heiligen Schrift bis zum Glauben an den menschgewordenen Sohn Gottes und gar bis zum Eintritt in die katholische Kirche gelangen sollen. Die Missionsbischöfe dieser Länder haben auf dem Konzil mit einhelliger Stimme darauf hingewiesen, welche großen Hindernisse die europäische Tradition des kirchlichen und besonders des römisch-katholischen, lateinischen Christentums der Annahme des Glaubens in Ostasien in den Weg stellt. Diese Schwierigkeiten liegen in der Lehre selbst, vor allem wenn sie in scholastischem Gewande vorgestellt wird, sie liegen in der Liturgie, in gewissen ethischen Geboten und in der Disziplin, also im Gesamtbild, das die katholische Kirche ihnen bietet. Das Christentum tritt ihnen außerdem in seinen verschiedenen Konfessionen und in sektiererischen Formen entgegen und schwächt dadurch die Eindrucksstärke seiner Botschaft. Es bedürfte gerade im Fernen Osten stärkster Impulse christlicher Nächstenliebe, um der Glaubensgnade die Bahn zu den Herzen zu ebnet, ja

man kann sagen, mehr als alle anderen missionarischen Taten bringt das Charisma heiligmäßiger Nächstenliebe zustande. So sollen wir auch darum beten, daß Gott die Missionen dieser Länder und die jungen Christenheiten mit diesem Charisma segnen wolle.

Aus der totalitären Welt

Die antireligiöse Gewissensfreiheit in der Sowjetunion

Während der „Dialog der katholischen Kirche mit dem Kommunismus“, dem der Papst um der religiösen Existenz der Gläubigen im sowjetischen Machtbereich willen nicht ausweichen will, Realität zu werden scheint, gibt es in der sowjetischen Wirklichkeit keine Anzeichen für einen Positionswechsel der Kommunisten gegenüber der Religion. Man darf sich nicht durch das Auftreten russischer Kirchenvertreter im Ausland täuschen lassen. Die Hilfestellung, die mehreren Religionsgemeinschaften der Sowjetunion bei der Pflege zwischenkirchlicher und internationaler Beziehungen zuteil wird, steht nach wie vor in krassem Widerspruch zu den Beschränkungen und Repressalien, denen sie im eigenen Lande unterworfen werden. Es ist unerheblich, ob die „administrativen Maßnahmen“ gegen die Gläubigen und ihre Gemeinschaften in dem einen Jahr mehr, im anderen weniger praktiziert werden. Das vielfältige Auf und Ab des antireligiösen Kampfes und das oft im Widerspruch dazu verlaufende Begleitkonzert der offiziellen Erklärungen von Partei und Regierung haben entweder opportunistische Hintergründe oder dienen der künstlichen Aufrechterhaltung einer „Dialektik“, ohne die sich kommunistische Ideologen überhaupt keine Entwicklung vorstellen können. Die Religion bleibt der Feind des Sowjetkommunismus, und ihre endgültige Vernichtung soll mit Toleranz ebenso erreicht werden wie durch aktive Bekämpfung mit ideologischen oder reinen Gewaltmitteln. Dies gilt für sämtliche Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion, für die christlichen Kirchen — einschließlich der katholischen —, für die Sekten, für Islam, Buddhismus und die vielen kleineren Gemeinschaften.

Kein Unterschied zwischen Partei und Staat

Dennoch ist es angebracht, immer wieder auf gewisse, den antireligiösen Trend erneut belegende Fakten aufmerksam zu machen, da in der westlichen Welt oftmals eine erstaunliche Unwissenheit und Blindheit hinsichtlich des Problems der Gewissensfreiheit im kommunistischen Staat herrscht, nicht zuletzt bei religiösen Führern und anderen Angehörigen der Intelligenz.

So meinte der Generalsekretär der Vereinigten Presbyterianischen Kirche in den USA, Dr. Eugene Carson Blake, nach einem dreitägigen Besuch in Rußland Anfang vorigen Jahres, man müsse hinsichtlich der atheistischen Propaganda „zwischen der absolut religionslosen kommunistischen Partei und der Regierung, die die Religion dulde, unterscheiden“ (OPD, 12. 1. 62). Abgesehen davon, daß die kommunistische Partei nicht „religionslos“, sondern ausgesprochen religionsfeindlich ist, muß demgegenüber unterstrichen werden, daß sich die Sowjetregierung und der von ihr geleitete Staat, der ohnehin nur eine der Transmissionen zur Verwirklichung des Parteiwillens ist, in Wirklichkeit keineswegs neutral oder gar tolerant zur Religion verhalten. Das dürfte durch unsere wiederholten Berichte über Praktiken und Metho-